

# ***Der Eisvogel***

**Bund Naturschutz**

**Ortsgruppe Margetshöchheim**

**Febr. 2000** Margetshöchheim, Mainstraße 13, Tel. 0931/462307

Nr. 43 Nr. 43

## **Ein herzliches Dankeschön für die Bewahrung dieser Landschaft**

### **Die Ereignisse haben sich überschlagen.**

Seit dem Erscheinen der letzten „Eisvogel“-Ausgabe haben sich die Ereignisse überschlagen:

- Zwischen dem 5. und 7. Januar wurde der „Eisvogel“ mit dem Text des Bürgerbegehrens „Rettet das Maintal“ verteilt.
- Am 8. Januar begann die eigentliche Unterschriftensammlung. Bis zum 10. Januar hatten bereits 448 Bürgerinnen und Bürger das Bürgerbegehren unterschrieben.

- Am Morgen des 11. Januar übergaben Michael Zimmermann und Peter Etthöfer die Unterschriftenlisten an Bürgermeister Stock, der die beiden Vertreter des Bürgerbegehrens äußerst reserviert in aller Kürze an der Türe abfertigte.
- Am 12. Januar war dann der Main-Post zu entnehmen, dass die Fa. Götz-Brot ihren Standort von Margetshöchheim wegverlagern will. Herr Götz verband diese Ankündigung mit massiven Vorwürfen.

- Am 13. Januar war dann die Bevölkerung zur Gründung der Bürgerinitiative „Rettet das Maintal“ ins Vereinszimmer der Margarethenhalle eingeladen. Da durch die Erklärung der Fa. Götz-Brot die Lage entspannt war, verzichteten die Anwesenden auf die Gründung der BI.
- Am Morgen des 18. Januar übergab Peter Etthöfer im Rathaus weitere 13 Listen mit 132 Unterschriften.
- Am Abend des 18. Januar beschäftigte sich der Gemeinderat mit der Forderung des Bürgerbegehrens. Nach massiven Angriffen aus den Reihen von CSU und SPD (samt Bürgermeister Stock) gegen die Margetshöchheimer Mitte und den Bund Naturschutz hob der Gemeinderat seine beiden Beschlüsse vom 14. Dezember auf.
- Damit hat sich das Bürgerbegehren durch den Beschluß des Gemeinderats erledigt.
- **Im Landschaftsschutzgebiet wird keine Großbäckerei gebaut, das Maintal wird nicht zerstört.**

### **580 Unterschriften brachten die Wende**

Der geplante massive Eingriff in die Landschaft wurde nicht vom Bund Naturschutz, nicht von der von Karl-Heinz Götz massiv gescholtenen MM, nicht von den Aktiven aus den Agenda-Arbeitskreisen und auch nicht von der Jungen Union verhindert. Sie alle haben ihren Teil dazu beigetragen, sie alle konnten aber nicht die Gemeinderatsentscheidung zugunsten der Großbäckerei im Maintal aufhalten.

Erst die vielen Unterschriften für das Bürgerbegehren aus allen Kreisen und Schichten der Bevölkerung (quer durch alle Parteien) brachten die Wende.

Beeindruckend war, wie spontan und bereitwillig vor allem die Margetshöchheimer im Altort das Bürgerbegehren unterstützten. Man hatte den Eindruck, dass sich die Bürger im Gegensatz zu den Kommunalpolitikern ein Gespür für die Grenzen des Machbaren bzw. Zumutbaren erhalten haben.

### **Wäre die Großbäckerei im Maintal auch ohne Bürgerbegehren gestorben?**

Es spricht einiges dafür, dass das Projekt der Fa. Götz auch ohne das Bürgerbegehren gescheitert wäre. Es war bis zuletzt zweifelhaft, ob die Naturschutzbehörde beim Landratsamt überhaupt

zustimmen würde, beim Naturschutzbeirat des Landkreises war das schon gar nicht sicher.

Besonders unsicher war, ob der Naherholungszweckverband einer Verkehrsanbindung über sein Gebiet zustimmen würde. Denn nicht nur die CSU-Stadtratsfraktion (s. S. 3), auch die Würzburger Liste (samt OB Weber), die FDP/UBW, die FWG, die ÖDP und die GRÜNEN in der Stadt lehnten diese Anbindung strikt ab. Auch aus dem Kreis der Kreisräte gab es ablehnende Stimmen. Und zuletzt wäre auch die Erschließung sehr aufwendig und kostenintensiv geworden, was die Margetshöchheimer Bürger zu spüren bekommen hätten.

Genau aus diesen Gründen ist übrigens vor Jahren ein geplantes Gewerbegebiet am Ortsausgang von Erlabrunn Richtung Zellingen gescheitert. Die Erschließung wäre so teuer geworden, dass sich keine Interessenten für das Gewerbegebiet gefunden hatten.

### **War das wirklich nötig?**

Mittlerweile hat Bürgermeister Stock klargestellt, dass der Standortvorschlag im Landschaftsschutzgebiet nicht von Herrn Götz, sondern von der Gemeinde (also von ihm) kam. Es drängt sich die Frage auf, ob Herr Stock damit der Gemeinde und der Firma Götz tatsächlich einen Dienst erwiesen hat. Einen ungünstigeren Standort hätte er kaum aussuchen können.

### **Kein Anlaß zum Triumphieren**

Uns fällt ein Stein vom Herzen, weil das Maintal mitten in der freien Landschaft vor einer nachhaltigen Zerstörung bewahrt wurde. Trotzdem gibt es keinen Anlaß zum Triumph.

Es war von Anfang an klar, dass es bei dieser Auseinandersetzung keine strahlenden Sieger geben würde; denn der Wegzug der Fa. Götz ist sicher schmerzhaft.

Wer die Ereignisse der letzten Wochen auch nur einigermaßen objektiv verfolgt hat, wird zugeben müssen, dass die Initiative „Rettet das Maintal“ in keiner Phase gegen Herrn Götz oder seine Firma gerichtet war. Einzig und allein die Standortfrage hat den (stets sachlichen) Widerstand der Bürger hervorgerufen. An dieser Stelle wäre der Preis für eine Gewerbeansiedlung einfach zu hoch gewesen.

Peter Etthöfer

## Das war keine kommunalpolitische Sternstunde

### Verdächtigungen ersetzen keine Argumente

Nachdem weit über 20 % der wahlberechtigten Bürger das Bürgerbegehren „Rettet das Maintal“ unterschrieben hatten, musste sich der Gemeinderat in seiner Sitzung am 18.1. noch einmal mit der Materie befassen. Da die Fa. Götz bereits ihren Verzicht auf den Standort an den Badeseen erklärt hatte, war es klar, dass der Gemeinderat seine Beschlüsse vom 14.12. aufheben würde. Und damit hätte sich auch das Bürgerbegehren erledigt. Statt das Votum der Bürger und der Fa. Götz zu akzeptieren, suchten Bürgermeister Stock und die Fraktionen von CSU und SPD fernab jeder Sachlichkeit irgendwelche Bösewichte auszumachen, die die

mal allen die beiden letzten Eisvogel-Ausgaben und alle unsere Veröffentlichungen in der Main-Post sicher noch in Erinnerung sein müssten.

### Kleine Blütenlese aus der Gemeinderatssitzung

Bürgermeister Stock (SPD) behauptete, die Fa. Götz sei diffamiert worden, weil sie als „Brotfabrik“ bezeichnet worden sei.

Herr Martetschläger (CSU) unterstellte, die Leserbriefe stammten (bis auf einen) alle aus einer Feder.

Herr Blass (CSU) fragte nach, ob die 580 Unterschriften des Bürgerbegehrens auf Unterschriftenfälschungen hin untersucht worden seien.

2. Bürgermeister Götz (CSU) betonte, man habe die Angelegenheit erst einmal in Ruhe prüfen und diskutieren wollen. Durch die Information der Öff-

entlichkeit durch MM und BN sei man gezwungen gewesen, das Gewerbegebiet sofort zu beschließen.

Herr Martetschläger unterstellte indirekt, der BN habe Spendengelder aus der Haus- u. Straßensammlung für das Bürgerbegehren zweckentfremdet.

### Wir haben nichts zu verbergen

In einer Zeit, in der Politiker in höchsten Ämtern pralle Geldkoffer aus der Schweiz oder bekannten Steuerparadiesen einschleppten, können wir diese unterschwellige Unterstellung so nicht stehen lassen.

### Persönliche Erklärung

Der Orts-BN hat keinen Pfennig aus Spenden der Bürger für das Bürgerbegehren verwendet. Unser Geld (auch das für Biotopflächen-Ankäufe) stammt nur von Spenden der Vorstandsmitglieder. So habe ich lange Zeit Jahr für Jahr Beträge von 2000 DM und

mehr an die BN-Ortsgruppe gespendet.

Wir haben bislang um unseren privaten Einsatz für den Naturschutz kein Aufsehen gemacht und uns auch nie um irgendwelche Ehrungen gerissen. Uns genügt es vollauf, wenn wir ein Stück Natur erhal-

*Stellvertretend für viele andere ähnliche Zuschriften veröffentlichen wir den Brief der CSU-Stadtratsfraktion*

gemeindlichen Pläne im Landschaftsschutzgebiet an die Öffentlichkeit gebracht und damit die Bürger auf den Plan gerufen haben. Die Unterstellungen waren so unsachlich und haarspalterisch, dass wir sie nicht werten müssen. Die Bürger können sich selbst ihr Urteil bilden, zu-

*Ein Tropfen Öl kann  
1000 Liter  
Wasser  
vergiften  
–  
ein  
Betonklotz  
eine ganze  
Landschaft  
zerstören.*

ten haben. Gegen ehrenrührige Unterstellungen müssen wir uns jedoch wehren.

Wir können unsere Finanzen jederzeit offenlegen.

Peter Etthöfer

#### **Gute Gründe sprachen für „Rettet das Maintal“: Der vorgesehene Gewerbestandort**

- lag mitten in der freien Landschaft
- lag im Landschaftsschutzgebiet (LSG)
- lag direkt neben dem Naherholungsgebiet
- lag im landschaftlichen Vorbehaltsgebiet
- hätte die Landschaft versiegelt
- hätte die Landschaft zersiedelt
- wäre aus dem weiten Umkreis einsehbar
- wäre sicher nur ein Anfang gewesen

**Das hat uns gestört:**

- Die Gemeinde hat die Öffentlichkeit gescheut.
- Die Entscheidung für das Gewerbeprojekt ging schnell über die Bühne, ohne dass sich die Bürger äußern konnten.
- Für die Schelte des

### **Bürgerbegehrens und ihrer Initiatoren hat sich der Gemeinderat mehr**

Der Eisvogel liegt heute in seiner 43. Ausgabe vor Ihnen. Seit der ersten Ausgabe war jedes Blatt auf Recyclingpapier gedruckt. Ausnahmsweise weichen wir heute aus drucktechnischen Gründen von dieser Tradition ab, weil wir Ihnen und uns aus Freude über die Erhaltung des Maintals unsere Landschaft in Farbe bieten wollen.

### **Zeit genommen als für die eigentliche Entscheidung über das Gewerbeprojekt.**

- **Keine andere Gemeinde hat der Fa. Götz-Brot eine Fläche im LSG angeboten.**
- **Viele Vorwürfe (Hetzkampagne wie bei den Nazis; Rufmord usw.) sind schlicht infam.**